

Spitalversorgungsverordnung (SpVV)

vom 23.10.2013 (Stand 01.01.2023)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

gestützt auf Artikel 4, Artikel 5, Artikel 39 Absatz 2, Artikel 51a Absatz 4, Artikel 54 Absatz 3, Artikel 55 Absatz 2, Artikel 55a Absatz 4, Artikel 72 Absatz 2, Artikel 75, Artikel 89, Artikel 100 Absatz 6, Artikel 103 Absatz 3, Artikel 105 Absatz 2, Artikel 108 Absatz 4, Artikel 109 Absatz 4, Artikel 110 Absatz 3, Artikel 111, Artikel 121a, Artikel 127 Absatz 3, Artikel 155 und Artikel 158 Absatz 2 des Spitalversorgungsgesetzes vom 13. Juni 2013 (SpVG)¹⁾,
auf Antrag der Gesundheits- und Fürsorgedirektion, *

beschliesst:

1 Kommissionen

1.1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 *Wahl*

¹ Der Regierungsrat wählt auf Antrag der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion die Präsidentinnen und Präsidenten der Kommissionen. Die Direktorin oder der Direktor der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion wählt die weiteren Mitglieder. *

^{1a} Der Bernjurassische Rat und der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne werden vorgängig zu den Mitgliedern aus dem Berner Jura oder aus dem Verwaltungskreis Biel/Bienne konsultiert. *

² Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Die Mitglieder sind wiederwählbar.

³ Beide Geschlechter sind angemessen vertreten.

Art. 2 *Organisation*

¹ Das Gesundheitsamt führt das Sekretariat der Kommissionen. *

² Es erstellt insbesondere über jede Kommissionssitzung ein Protokoll mit den Beschlüssen und wichtigsten Erwägungen.

¹⁾ BSG [812.11](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
13-91

³ Jede Kommission gibt sich ein Geschäftsreglement und regelt insbesondere die Sitzungshäufigkeit, die Stellvertretung der Präsidentin oder des Präsidenten, das Abstimmungsverfahren, den Ausstand von Mitgliedern und den Beizug von Sachverständigen.

Art. 3 *Entschädigung*

¹ Die Entschädigung richtet sich nach der Verordnung vom 2. Juli 1980 über die Taggelder und Reiseentschädigungen der Mitglieder staatlicher Kommissionen¹⁾.

² Die Entschädigung für beigezogene Sachverständige wird von der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion auf Antrag der Kommission festgesetzt und getragen. *

Art. 4 *Fachausschüsse* *

¹ Die Kommissionen können Fachausschüsse zur Beratung bestimmter Fragestellungen aus ihrem Fachbereich einsetzen.

1.2 Gesundheitskommission *

Art. 5

¹ Die Gesundheitsskommission besteht aus 20 bis 25 stimmberechtigten Mitgliedern. *

² Ihr gehören insbesondere Vertretungen der Leistungserbringer, der Versicherer, der Patientenorganisationen, weiterer Organisationen des Gesundheitswesens sowie eine Vertretung der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion und ein Mitglied der Kommission Psychiatrie an. *

³ Die verschiedenen Fachbereiche sind angemessen vertreten.

⁴ Die Gesundheitskommission nimmt Stellung zu grundlegenden Fragen der Spitalversorgung, insbesondere betreffend gesamtschweizerischen und internationalen Entwicklungen, Versorgungsplanung sowie Modellversuche. *

1.3 Kommission Psychiatrie

Art. 6

¹ Die Kommission Psychiatrie besteht aus 15 bis 20 stimmberechtigten Mitgliedern.

¹⁾ BSG 152.256

² Ihr gehören insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen der Psychiatrieversorgung, der Patientenorganisationen, weiterer Fachbereiche sowie der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion an. *

³ Die Kommission Psychiatrie nimmt Stellung zu Fragen der Psychiatrieversorgung, insbesondere betreffend gesamtschweizerischen und internationalen Entwicklungen, Versorgungsplanung sowie Modellversuche.

1.4 ... *

Art. 7* ...

2 Ombudsstelle

Art. 8 *Leistungsvertrag*

¹ Der Regierungsrat schliesst mit einer geeigneten Person oder Institution einen Leistungsvertrag zur Führung einer Ombudsstelle ab.

Art. 9 *Aufgaben*

¹ Die Ombudsstelle vermittelt zwischen den Beteiligten, schlägt einvernehmliche Lösungen vor, kann Empfehlungen aussprechen und informiert die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, wenn sie behördliche Massnahmen als angezeigt erachtet. *

² Sie kann mit dem Einverständnis der Patientin oder des Patienten Einblick in die Behandlungsdokumentation nehmen und Stellungnahmen des beteiligten Personals einholen, soweit dies zur Klärung des Sachverhalts erforderlich ist.

Art. 10 *Kontaktaufnahme*

¹ Patientinnen und Patienten von Listenspitälern, Listengeburtshäusern oder Leistungserbringern des Rettungswesens können sich im Fall einer Beanstandung schriftlich oder mündlich an die Ombudsstelle wenden.

² Bei Personen, die ihre Rechte nicht selber wahrnehmen können, steht das Recht gemäss Absatz 1 den ihnen nahestehenden Personen oder der mit ihrer gesetzlichen Vertretung betrauten Person zu.

3 Spitalversorgung

3.1 Finanzkontrolle

Art. 11

¹ Die Finanzkontrolle ist befugt, Einsicht in die Geschäftsunterlagen der Listenspitäler und Listengeburtshäuser zu nehmen, soweit es zur Ausübung der Finanzaufsicht durch die Finanzkontrolle nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstaben d bis f des Kantonalen Finanzkontrollgesetzes vom 7. März 2022 (KFKG¹⁾) erforderlich ist. *

3.1a Kriterien für die Erteilung von Leistungsaufträgen an Spitäler *

Art. 11a * Bedarfsgerechte Versorgung

¹ Der Regierungsrat erteilt gestützt auf eine bedarfsgerechte Planung die Leistungsaufträge jenen Spitälern, die die Leistungen nach den in Artikel 11b bis 11d genannten Kriterien am besten erbringen.

Art. 11b * Qualität

¹ Die Qualität der Leistungserbringung hängt von der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität ab.

² Die Strukturqualität beurteilt sich insbesondere anhand

- a des Bestands, der Qualifikationen und der Verfügbarkeit des Spitalpersonals,
- b der medizinischen Einrichtungen.

³ Die Prozessqualität beurteilt sich insbesondere anhand

- a des Qualitätssicherungskonzepts des Spitals,
- b geeigneter Qualitätsindikatoren in den Bereichen Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation.

⁴ Für die Ergebnisqualität gilt Absatz 3 Buchstabe b sinngemäss.

Art. 11c * Wirtschaftlichkeit

¹ Die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung beurteilt sich insbesondere anhand von

- a schweregradbereinigten Fallkostenvergleichen im Bereich Akutsomatik,
- b Kostenvergleichen in den Bereichen Psychiatrie und Rehabilitation.

¹⁾ BSG [622.1](#)

Art. 11d * Zugang

¹ Das nächstgelegene Spital für Patientinnen und Patienten, die Zugang zu den Spitalversorgungsleistungen in der Inneren Medizin, der Chirurgie und der akutsomatischen Notfallversorgung benötigen, ist

- a für 80 Prozent der zu versorgenden Bevölkerung im Individualverkehr innerhalb von 30 Minuten erreichbar und
- b vom Ortskern der zu versorgenden Gemeinden höchstens 50 Strassenkilometer entfernt.

² Für den Zugang zu den Spitalversorgungsleistungen der psychiatrischen Grund- und Notfallversorgung gilt Absatz 1 Buchstabe a sinngemäss.

3.2 Eigentümerstrategie**Art. 12 Vorbereitung der Beschlüsse**

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion bereitet unter Einbezug der Finanzdirektion die im Rahmen der Eigentümerstrategie erforderlichen Beschlüsse des Regierungsrates vor. *

Art. 13 Inhalt

¹ Die Eigentümerstrategie richtet sich nach dem Grundsatz, dass der Kanton die Versorgung der Bevölkerung mit Spital- und Rettungsleistungen vorrangig durch folgende Instrumente gewährleistet:

- a die Versorgungsplanung,
- b die Spital- und Geburtshausliste,
- c * die Genehmigung und Festsetzung von Tarifen nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG)¹⁾,
- d die Beiträge nach SpVG.

² Für die Eigentümerstrategie des Kantons als Aktionär legt der Regierungsrat insbesondere fest:

- a die Anforderungen an die versorgungs-, finanz- und personalpolitischen Ziele der Aktiengesellschaft,
- b die Mindestbeteiligung des Kantons an der Aktiengesellschaft und die Verkaufsbedingungen für seine Aktien,
- c die Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Aktiengesellschaft an anderen Gesellschaften,

¹⁾ SR 832.10

- d die Anforderungen an die Organisation der Aktiengesellschaft, insbesondere betreffend Ausgestaltung der Statuten, Profil der Verwaltungsratsmitglieder und Bezeichnung der Revisionsstelle.

3.3 Administrative Zuordnung der Universitätsspitäler *

Art. 14

¹ Die beiden Universitätsspitäler sind hinsichtlich der nach KVG und SpVG geregelten Leistungserbringung administrativ der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion zugeordnet. *

3.4 Verhältnis der Universitätsspitäler zur Universität

Art. 15

¹⁻³ ... *

⁴ Die Rektorin oder der Rektor der Universität ist Mitglied des jeweiligen Verwaltungsrats der beiden Universitätsspitäler. *

⁵ In der Fakultätsleitung der medizinischen Fakultät sitzen als Mitglieder ein *

- a die beiden ärztlichen Direktorinnen oder Direktoren der Universitätsspitäler und
b die beiden Direktorinnen oder Direktoren Lehre und Forschung der Universitätsspitäler.

⁶ Im Fakultätskollegium der medizinischen Fakultät sitzen als Mitglieder ein *

- a die beiden Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Universitätsspitäler,
b die beiden ärztlichen Direktorinnen oder Direktoren der Universitätsspitäler,
c die beiden Direktorinnen oder Direktoren Lehre und Forschung der Universitätsspitäler,
d ein Mitglied des jeweiligen Verwaltungsrats der Universitätsspitäler, wobei das Wahlrecht dem jeweiligen Verwaltungsrat zusteht und
e zwei an den Universitätsspitalern tätige Assistenzärztinnen oder Assistenzärzte sowie zwei an den Universitätsspitalern tätige Oberärztinnen oder Oberärzte, wobei das Wahlrecht den Universitätsspitalern zusteht.

⁷ Soweit an den Sitzungen des Senats der Universität Traktanden anstehen, die sich auf eines der beiden Universitätsspitäler auswirken, nimmt die Verwaltungsratspräsidentin oder der Verwaltungsratspräsident des jeweiligen Universitätsspitals beratend an diesen Sitzungen teil. *

⁸ Soweit an den Sitzungen der Fakultätsleitung Traktanden anstehen, die sich auf eines der beiden Universitätsspitäler auswirken, nimmt die oder der Vorsitzende des geschäftsleitenden Organs des jeweiligen Universitätsspitals beratend an diesen Sitzungen teil. *

⁹ Soweit an den Sitzungen des geschäftsleitenden Organs eines der beiden Universitätsspitäler Traktanden anstehen, die sich auf die Universität auswirken, nimmt die Dekanin oder der Dekan der medizinischen Fakultät beratend an diesen Sitzungen teil. *

3.5 Pflichten der Listenspitäler und Listengeburtshäuser

Art. 15a * *Spitalseelsorge*

1. Konzept und Tätigkeitsbericht *

¹ Das im Kanton Bern gelegene Listenspital *

a * legt dem Gesundheitsamt in einem Konzept dar, wie es die Spitalseelsorge für alle Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige sicherstellt,

b * reicht dem Gesundheitsamt jährlich einen Tätigkeitsbericht ein.

² Das Konzept zeigt auf: *

a * die spezialisierte spirituelle und die individuelle ethische Begleitung der Patientinnen und Patienten sowie derer Angehörigen, insbesondere auch in Krisensituationen,

b * das Angebot von religiösen Feiern und Ritualen,

c * die reguläre Anwesenheit und Erreichbarkeit der spitalseelsorgerischen Ansprechperson, insbesondere auch in existentiellen Krisen, und die Vermittlung von geeigneten weiteren seelsorgerischen Ansprechpersonen,

d * die Einbindung der spitalseelsorgerischen Ansprechperson in das Behandlungsteam, den betrieblichen Alltag und die interne Kommunikation des Listenspitals,

e * den Rückzugsort für Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige,

f * die Bekanntmachung des seelsorgerischen Angebots,

g * die Schulung des Spitalpersonals über die Angebote und Prozesse der Spitalseelsorge.

Art. 15b * *2. Spitalseelsorgerische Ansprechperson* *

¹ Die spitalseelsorgerische Ansprechperson des Listenspitals verfügt über einen Masterabschluss in Theologie oder über eine gleichwertige Ausbildung und hat eine Spezialausbildung abgeschlossen, die zur begleitenden und beratenden Praxis qualifiziert. *

² Das Listenspital stellt ihr einen geeigneten Arbeitsplatz im Betrieb zur Verfügung. *

Art. 15c * Löhne von Chefärztinnen und Chefarzten
1. Chefärztinnen und Chefarzte

¹ Als Chefärztin oder Chefarzt gilt, wer

- a die abschliessende fachliche Verantwortung für einen medizinischen Bereich oder einen medizinisch abgrenzbaren Teilbereich trägt oder diese mit anderen Personen teilt,
- b ärztlichem und allenfalls auch nichtärztlichem Personal vorsteht sowie
- c direkt der Geschäftsleitung oder allenfalls der ärztlichen Direktion unterstellt ist.

² Als Chefärztinnen und Chefarzte gelten auch Ärztinnen und Ärzte, die unabhängig von weiteren medizinischen Funktionen Mitglied der Geschäftsleitung sind.

³ Nicht als Chefärztinnen und Chefarzte gelten Ärztinnen und Ärzte, die als Stellvertretungen derselben tätig sind.

Art. 15d * 2. Löhne

¹ Als Lohn gelten insbesondere

- a die Beträge nach Artikel 51a Absatz 2 Buchstaben a und b SpVG,
- b die Vergütungen aus Erträgen des Listenspitals für Behandlungen von Zusatzversicherten Patientinnen und Patienten,
- c die Beiträge des Listenspitals nach Artikel 51a Absatz 2 Buchstabe c SpVG an die berufliche Vorsorge und an Einkäufe in die berufliche Vorsorgeeinrichtung des Listenspitals.

² Die Beträge nach Absatz 1 Buchstaben a und b enthalten die Sozialversicherungsbeiträge, die der Chefärztin oder dem Chefarzt belastet werden.

Art. 15e * 3. Meldung, Berechnung und Veröffentlichung

¹ Das im Kanton Bern gelegene Listenspital meldet dem Gesundheitsamt in anonymisierter Form jeweils bis am 30. April pro angestellte Chefärztin oder angestellten Chefarzt

- a die Löhne nach Artikel 15d aus dem Vorjahr,
- b das Anstellungspensum im Vorjahr,
- c das Datum des Stellenantritts, falls die Chefärztin oder der Chefarzt die chefarztliche Funktion im Laufe des Vorjahres angetreten hat.

² Das Gesundheitsamt rechnet

- a die Löhne von Chefärztinnen und Cheförzten mit einem Teilzeitpensum auf ein Vollzeitpensum um,
- b pro Lohnbandbreite von 100'000 Franken die drei Durchschnittsbeträge nach Artikel 15d aus.

³ Es veröffentlicht jährlich im Internet ohne Aufschlüsselung auf die einzelnen Listenspitäler pro Lohnbandbreite

- a die Anzahl Chefärztinnen und Cheförzte,
- b den Durchschnittsbetrag aus der Summe der Beträge nach Artikel 15d Absatz 1 Buchstaben a und b,
- c den Durchschnittsbeitrag nach Artikel 15d Absatz 1 Buchstabe c.

Art. 16 *Rechnungslegungsstandard*

¹ Die im Kanton Bern gelegenen Listenspitäler und Listengeburtshäuser wenden einen der folgenden Rechnungslegungsstandards an:

- a General Accepted Accounting Principles (GAAP FER) der Stiftung für Fachempfehlungen zur Rechnungslegung,
- b International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB),
- c International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) des International Public Sector Accounting Standards Board (IPSASB).

Art. 17 *Kostenrechnungsstandard*

¹ Die im Kanton Bern gelegenen Listenspitäler erstellen ihre Kostenrechnung auf der Grundlage des Handbuchs zur Revision der Kosten- und Leistungsrechnung des Verbands H+ die Spitäler der Schweiz.

Art. 18 *Vertrauliche Geburt*

*1. Sicherstellung der Vertraulichkeit **

¹ Die Administration des Listenspitäls * *

- a * erfasst die Personalien der schwangeren Frau beim Eintritt ins Spital für eine vertrauliche Geburt,
- b * legt für sie und das ungeborene Kind die Decknamen fest,
- c * kennzeichnet im Informationssystem die Akten der schwangeren Frau und des ungeborenen Kindes mit dem Vermerk «Vertrauliche Geburt»,

- d* * sorgt dafür, dass die schwangere Frau über den Ablauf der vertraulichen Geburt und die Beratungsangebote des Spitals, insbesondere den Sozialdienst und die Spitalseelsorge sowie das Angebot der Familienplanungs- und Beratungsstellen, informiert wird,
- e* * informiert das Zivilstandsamt über die Geburt des Kindes,
- f* * sorgt dafür, dass die Mutter die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) über die Geburt informiert, oder informiert die KESB nach Vorliegen der Einverständniserklärung der Mutter oder geht bei fehlendem Einverständnis der Mutter nach den Artikeln 314c, 443 und 453 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB)¹⁾ vor.
- g* * sorgt dafür, dass die Mutter über die Möglichkeit informiert wird, ihr nach dem Bundesgesetz vom 19. Juni 2015 über das elektronische Patientendossier (EPDG)²⁾ allenfalls bestehendes Dossier zu schliessen oder einzelne Dokumente daraus zu löschen,
- h* * sorgt dafür, dass der Mutter ein Zimmer für sich allein zur Verfügung steht,
- i* * sorgt dafür, dass die Mutter beim Austritt aus dem Spital über die Möglichkeit zur nachgeburtlichen medizinischen Betreuung informiert wird,
- k* * verschickt die Rechnungen in Papierform an die Krankenversicherer und an das Gesundheitsamt mit dem Vermerk «Vertrauliche Geburt» und weist darauf hin, keine Rechnungen oder Korrespondenz an die Adresse der Mutter zu versenden,
- l* * sichert den minimalen notwendigen Informationsfluss innerhalb des Spitals sowie mit den gesetzlich vorgesehenen Behörden und der obligatorischen Krankenpflegeversicherung.

²⁾ Das Listenspital bestimmt in der Regel nicht mehr als zwei Personen, die in der Administration für die Aufgaben nach Absatz 1 zuständig sind. *

³⁻⁵ ... *

Art. 18a * 2. Leistungsumfang *

¹⁾ Die vertrauliche Geburt umfasst *

- a* * die Leistungen zur Sicherstellung der vertraulichen Geburt nach Artikel 18 Absatz 1,
- b* * die Leistungen einer stationären Geburt im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung,

¹⁾ SR [210](#)

²⁾ SR [816.1](#)

c * die Leistungen für die Betreuung und Übergangspflege des Kindes bis zur Fremdunterbringung, sofern die Mutter bereits aus dem Spital ausgetreten ist.

2-5 ... *

Art. 19 3. Pauschale zur Sicherstellung der Vertraulichkeit *

¹ Das Gesundheitsamt entrichtet dem Listenspital pro durchgeführte vertrauliche Geburt eine Pauschale von 1500 Franken, die den Mehraufwand zur Sicherstellung der Vertraulichkeit abdeckt. *

² Das Listenspital schickt die Rechnung in Papierform an das Gesundheitsamt mit dem Vermerk «Vertrauliche Geburt». *

³ ... *

3.6 Finanzierung

3.6.1 Pauschale Abgeltung *

Art. 20 *

¹ Das Gesundheitsamt rechnet die pauschale Abgeltung nach Artikel 58 SpVG durch Verfügung ab, sofern sich eine Streitigkeit aus dem Leistungsvertrag ergibt. *

3.6.2 Ambulante psychiatrische Spitalversorgungsleistungen *

Art. 20a * Leistungskategorien und einzelne Leistungen

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion kann den Listenspitälern Pauschalen für die folgenden Leistungskategorien entrichten: *

- a ambulante Leistungen,
- b tagesklinische Leistungen,
- c nicht fallbezogene Leistungen,
- d Vorhalteleistungen.

² Der Leistungsvertrag legt die einzelnen psychiatrischen Leistungen einer Leistungskategorie fest.

Art. 20b * Pauschalen *

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion kann den Listenspitälern für jede einzelne Leistung nach Artikel 20a Absatz 2 eine Pauschale entrichten. *

² Die Pauschale *

- a * berücksichtigt die Kosten, die bei wirtschaftlicher Leistungserbringung nicht anderweitig gedeckt werden können,
- b * berechnet sich auf der Grundlage der Kostenrechnung für den ambulanten Bereich nach Artikel 17,
- c * berechnet sich auf der Grundlage der Kosten und Erlöse sämtlicher Listenspitäler, welche die betreffende einzelne Leistung nach Absatz 1 erbringen.
- d * ...

³ Der Leistungsvertrag legt die Pauschale für jede einzelne Leistung in einer der folgenden Einheiten fest: *

- a * pro Stunde,
- b * pro Pflage-tag oder Pflage-halbtage,
- c * pro Fall,
- d * pro Taxpunkt,
- e * pro Bevölkerungseinheit,
- f * pro Leistungserbringer.

⁴ Er kann die Pauschale für jede einzelne Leistung differenzieren nach *

- a dem Ort der Leistungserbringung,
- b der Zeit der Leistungserbringung,
- c dem behandlungsmässigen Schweregrad der Patientin oder des Patienten.

Art. 20c–20g * ...

3.6.3 ... *

Art. 20h * ...

3.6.4 *Darlehen* *

Art. 21 *Zinssatz* *

¹ Der Basiszinssatz von Darlehen entspricht der Höhe des Referenzzinssatzes des Bundesamtes für Wohnungswesen zum Zeitpunkt der Darlehensgewährung.

² Der Zinssatz erhöht sich aufgrund der Laufzeit des Darlehens und aufgrund der übrigen Risikobeurteilung in der Regel um 0,25 Prozent pro Jahr der verfügbaren Laufzeit des Darlehens. *

³ Er ist insbesondere angemessen zu reduzieren, wenn das Darlehen durch Hypotheken gesichert wird.

Art. 22 *Laufzeit* *

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion gewährt die Darlehen in der Regel für maximal zehn Jahre. *

² Sie kann insbesondere bei Bauvorhaben längere Laufzeiten festlegen.

Art. 23 *Berichterstattung* *

¹ Die Listenspitäler und Listengeburtshäuser erstatten der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion mindestens jährlich Bericht über den Stand der Restrukturierungen oder der Investitionsvorhaben, die mit den Darlehen finanziert werden. *

² Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion bestimmt in der Verfügung, mit der das Darlehen gewährt wird, den Zeitpunkt und den näheren Inhalt der Berichterstattung. *

Art. 24 *Rückerstattung* *

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion legt die jährliche Rückerstattungsrate des Darlehens für die ganze Dauer der Darlehensgewährung im Voraus fest. *

² Sie berücksichtigt die finanziellen Möglichkeiten des Listenspitals oder des Listengeburtshauses sowie die Art des finanzierten Vorhabens.

³ Vorzeitige Rückzahlungen des gesamten Darlehens oder der jährlichen Rückerstattungsrate sind zulässig.

Art. 24a * *Endabrechnung aus Leistungsverträgen*

¹ Das Gesundheitsamt verfügt die Endabrechnungen aus den Leistungsverträgen spätestens ein Jahr nach Vertragsende. *

4 Rettungswesen

Art. 25 *Sanitätsnotrufzentrale*

¹ Die Sanitätsnotrufzentrale

a mobilisiert die für die Rettung und den Transport geeigneten sanitätsdienstlichen Mittel auf der Strasse, auf dem Wasser und in der Luft,

- b führt den Einsatz, bis entweder eine sanitätsdienstliche Einsatzleitung vor Ort die operative Führung übernimmt oder der Einsatz mit der Hospitalisierung der verletzten oder erkrankten Person abgeschlossen ist,
- c * unterstützt nach den Vorgaben des Gesundheitsamts die bei Grossereignissen vor Ort tätige Einsatzleitung,
- d * unterstützt das Gesundheitsamt in allen Lagen als Einsatz- und Datenzentrale,
- e betreibt das Informations- und Einsatzsystem Sanität (IES).

Art. 26 *Mittelbewirtschaftung*

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion kann die einheitliche Beschaffung und den einheitlichen Einsatz der Infrastruktur von Leistungserbringern durch Verordnung regeln. *

Art. 26a * *Anwendbare Bestimmungen*

¹ Artikel 18 bis 19 und 24a sind für Leistungserbringer nach Artikel 84, 87 und 88 SpVG sinngemäss anwendbar. *

Art. 27 * ...

Art. 27a * *Finanzierung*

1. Abgeltung für die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft

¹ Der Kanton entrichtet den Rettungsdiensten eine Abgeltung für die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft. Sie entspricht höchstens der Differenz zwischen dem genormten Betriebsaufwand und den Erträgen. *

² Der genormte Betriebsaufwand wird pro Rettungsteam und Jahr mit elf Vollzeitstellen berechnet, wobei die notärztlichen Stellen darin enthalten sind. *

³ Sofern der Rettungsdienst den Versicherten oder deren Versicherern die geleisteten Einsätze nicht kostendeckend in Rechnung gestellt hat, wird die Abgeltung um den nicht in Rechnung gestellten Betrag gekürzt.

⁴ Sofern er pro Rettungsteam nicht elf Vollzeitstellen besetzt hat, wird die Abgeltung im Verhältnis zu den tatsächlich besetzten Vollzeitstellen gekürzt.

⁵ Sofern er Erträge erzielt, die nicht auf Rettungseinsätze zurückzuführen sind, wird die Abgeltung um diese Erträge gekürzt.

Art. 27b * 2. *Änderung des genormten Betriebsaufwands*

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion legt den genormten Betriebsaufwand alle drei Jahre zwischen den Kosten des zweit- und drittgünstigsten Rettungsdienstes, mit denen sie in den vergangenen drei Jahren Leistungsverträge abgeschlossen hat, neu fest. *

² Der genormte Betriebsaufwand kann im Leistungsvertrag erhöht werden, wenn die regionale Versorgung mit Rettungsleistungen gefährdet ist. *

Art. 28 3. *Leistungsverträge* *

¹ Die Leistungsverträge regeln die Anzahl der Disponentenarbeitsplätze oder Rettungsteams, die der Kanton zur Erfüllung einer bestimmten Aufgabe finanziert. *

Art. 29 4. *Bauten und Einrichtungen des Kantons* *

¹ Der Kanton schliesst mit den Leistungserbringern einen Mietvertrag ab, wenn sie im Eigentum des Kantons stehende Bauten und Einrichtungen nutzen.

Art. 30 5. *Verzinsung und Rückerstattung von Darlehen* *

¹ Die Modalitäten von Darlehen an die Erbringer von Rettungsleistungen richten sich nach Artikel 21 bis 24.

5 Aus- und Weiterbildung

5.1 *Ärztliche und pharmazeutische Weiterbildung*

Art. 31 *Weiterbildungsquotient* *

¹ Das Gesundheitsamt teilt dem Leistungserbringer zwei Monate vor Beginn des Rechnungsjahres für jeden Versorgungsbereich die zu erbringende Weiterbildungsleistung in Form eines Weiterbildungsquotienten mit. *

² Der Weiterbildungsquotient nach Absatz 1 berechnet sich nach Artikel 105 SpVG. *

³ ... *

Art. 31a * *Erbrachte Weiterbildungsleistung*

¹ Der Leistungserbringer meldet dem Gesundheitsamt bis fünf Monate nach dem Ende des Rechnungsjahres die Weiterbildungsleistung, die er im Rechnungsjahr erbracht hat.

² Er liefert im Rahmen dieser Meldung zu jeder Weiterbildungsstelle

- a den Weiterbildungsvertrag mit Angaben darüber,
 - 1. welcher Facharztstitel die in Weiterbildung stehende Person anstrebt und welche Facharztstitel sie allenfalls bereits vorher erlangt hat,
 - 2. wann die Weiterbildung begann und wann sie endete,
 - 3. wie hoch der Beschäftigungsgrad war.
- b Angaben darüber, ob die Weiterbildung in einer ambulanten oder stationären Einrichtung erfolgt ist,
- c die Ferien sowie den bezahlten oder unbezahlten Urlaub in Tagen,
- d weitere Abwesenheiten in Wochen, sofern die Person mehr als zwei Wochen abwesend gewesen ist,
- e die Global Location Number der Person, die die Weiterbildungsstelle besetzt hat.

Art. 31b * Weiterbildungslleistung in Form von Vollzeitäquivalenten

¹ Das Gesundheitsamt teilt dem Leistungserbringer acht Monate nach dem Ende des Rechnungsjahres für jeden Versorgungsbereich in Form von Vollzeitäquivalenten die Weiterbildungslleistung mit, die er im betreffenden Rechnungsjahr zu erbringen gehabt hat.

² Die Weiterbildungslleistung nach Absatz 1 berechnet sich aus den Einnahmen des Leistungserbringers, die er im Rechnungsjahr aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung erzielt hat, geteilt durch den Weiterbildungsquotienten nach Artikel 31 Absatz 2.

³ Als Vollzeitäquivalent gilt eine Weiterbildungsstelle, die im Rechnungsjahr mindestens 45 Wochen bei einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent besetzt gewesen ist.

⁴ Eine kürzere Dauer oder ein kleinerer Beschäftigungsgrad führen zu einer anteilmässigen Anrechnung an ein Vollzeitäquivalent.

Art. 31c * Abgeltung der Weiterbildungslleistung

¹ Das Gesundheitsamt entrichtet dem Leistungserbringer die Abgeltung für die erbrachte Weiterbildungslleistung in Form einer Pauschale nach Artikel 105a SpVG für jede Weiterbildung, die

- a das Schweizerische Institut für ärztliche Weiter- und Fortbildung (SIWF) anerkennt und
- b dazu dient, den ersten oder zweiten Facharztstitel anzustreben.

² Die Abgeltung nach Absatz 1 beträgt pro Jahr und Vollzeitäquivalent

- a 15'000 Franken für Weiterbildungen in nicht unterversorgten ärztlichen Fachrichtungen,
- b 50'000 Franken für Weiterbildungen in unterversorgten ärztlichen Fachrichtungen,
- c 15'000 Franken für pharmazeutische Weiterbildungen.

³ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion legt die unterversorgten ärztlichen Fachrichtungen durch Verordnung fest.

Art. 31d * Ausgleichszahlung

¹ Der Leistungserbringer hat eine Ausgleichszahlung an die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion zu leisten, wenn die erbrachte Weiterbildungsleistung nach Artikel 31a mehr als fünf Prozent unter der Weiterbildungsleistung liegt, die er nach Artikel 31b zu erbringen gehabt hat.

² Die Höhe der Ausgleichszahlung entspricht der Differenz nach Artikel 105b Absatz 2 SpVG. Das Gesundheitsamt rechnet spezifische Bildungsangebote nach Artikel 105b Absatz 3 SpVG an.

³ Als spezifische Bildungsangebote nach Artikel 105b Absatz 3 SpVG gelten von der Titelkommission des SIWF anerkannte Weiterbildungskurse mit festem Kursprogramm.

Art. 31e * Verwendung der Ausgleichszahlungen

¹ Das Gesundheitsamt entrichtet dem Leistungserbringer einen Förderbeitrag

- a von 50'000 Franken pro Vollzeitäquivalent für eine Weiterbildungsstelle, die
 1. eine unterversorgte ärztliche Fachrichtung betrifft,
 2. das SIWF als eine Weiterbildungsperiode in einer ambulanten Einrichtung anerkennt,
 3. in einer unterversorgten Region besteht,
 4. nicht über das Praxisassistenzenzprogramm des Berner Instituts für Hausarztmedizin finanziert ist,
 5. nicht nach Artikel 31c Absatz 2 Buchstabe b abgegolten worden ist.
- b von 90 Prozent der Kosten eines Programms, welches
 1. das Gesundheitsamt vorgängig bewilligt hat,
 2. nachhaltig die Anzahl Weiterbildungsstellen nach Buchstabe a erhöht.

² Die Gesundheits-, Sozial und Integrationsdirektion legt die unterversorgten ärztlichen Fachrichtungen und die unterversorgten Regionen durch Verordnung fest.

³ Das Gesundheitsamt kann zur Beurteilung der Programme Expertinnen und Experten beiziehen.

*5.2 Aus- und Weiterbildung in nichtuniversitären Gesundheitsberufen **

Art. 32 *Nichtuniversitäre Gesundheitsberufe **

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion regelt durch Verordnung, bei welchen nichtuniversitären Gesundheitsberufen sich die Leistungserbringer an der Aus- und Weiterbildung beteiligen. *

Art. 33 *Ausbildungspotenzial*

¹ Das Ausbildungspotenzial wird für jede Aus- oder Weiterbildung einzeln als Standard festgelegt.

² Der Standard legt fest, wie viele Aus- oder Weiterbildungswochen ein Leistungserbringer pro Vollzeitstelle, die in seinem Betrieb im betreffenden Gesundheitsberuf besteht, pro Jahr erbringen muss.

³ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion regelt die Standards für die einzelnen Gesundheitsberufe durch Verordnung. *

Art. 34 *Gewichtung der Aus- und Weiterbildungen*

¹ Die Gewichtung der Aus- und Weiterbildungen beachtet insbesondere den in der Versorgungsplanung erhobenen Bedarf an Aus- und Weiterbildungen.

² Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion regelt die Gewichtung der Aus- und Weiterbildungen durch Verordnung. *

Art. 35 *Abgeltung der einzelnen Aus- und Weiterbildungen*

¹ Die Abgeltung an die Leistungserbringer für die einzelnen Aus- und Weiterbildungsplätze erfolgt in Form von Pauschalen.

² Sie entspricht dem Aus- und Weiterbildungsaufwand, den die in Aus- oder Weiterbildung stehende Person verursacht.

³ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion regelt die Abgeltungen für die einzelnen Aus- und Weiterbildungen durch Verordnung. *

Art. 36 *Aus- und Weiterbildungsleistung**1. Grundsatz*

¹ Das Gesundheitsamt legt die vom Leistungserbringer geforderte Aus- und Weiterbildungsleistung in Form von Ausbildungspunkten und die entsprechende Abgeltung in Form des Frankenbetrags fest. *

Art. 37 *2. In Form von Aus- und Weiterbildungspunkten*

¹ Die Aus- und Weiterbildungsleistung in Form von Aus- und Weiterbildungspunkten ergibt sich aus der Summe der Aus- und Weiterbildungspunkte gemäss Absatz 2.

² Sie ergibt sich für die einzelnen von einem Leistungserbringer erbrachten Aus- oder Weiterbildungen aus der Multiplikation von

- a Anzahl Vollzeitstellen des Leistungserbringers im betreffenden Gesundheitsberuf,
- b Gewichtung gemäss Artikel 34 Absatz 2,
- c Standard gemäss Artikel 33 Absatz 3.

Art. 38 *3. In Form des Frankenbetrags*

¹ Die Aus- und Weiterbildungsleistung in Form des Frankenbetrags ergibt sich aus der Summe der Frankenbeträge gemäss Absatz 2.

² Sie ergibt sich für die einzelne von einem Leistungserbringer erbrachte Aus- oder Weiterbildung aus der Multiplikation von

- a Anzahl Vollzeitstellen des Leistungserbringers im betreffenden Gesundheitsberuf,
- b Abgeltung gemäss Artikel 35 Absatz 3,
- c Standard gemäss Artikel 33 Absatz 3.

Art. 39 *Abgeltung der Aus- und Weiterbildungsleistung **

¹ Das Gesundheitsamt entrichtet für die durch den Leistungserbringer erbrachte Aus- und Weiterbildungsleistung die von der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion festgelegte Abgeltung, abzüglich der Vergütungen für die Aus- und Weiterbildungsleistung, die der Leistungserbringer gemäss KVG erhält. *

² Liegt die Summe dieser Abgeltungen für die tatsächlich erbrachte Aus- und Weiterbildungsleistung unter der Summe, die der Leistungserbringer nach Artikel 38 Absatz 1 im betreffenden Rechnungsjahr erhalten hat, zahlt der Leistungserbringer die Differenz an das Gesundheitsamt. *

³ Liegt die Summe dieser Abgeltungen für die tatsächlich erbrachte Aus- und Weiterbildungsleistung über der Summe, die der Leistungserbringer nach Artikel 38 Absatz 1 im betreffenden Rechnungsjahr erhalten hat, zahlt das Gesundheitsamt die Differenz an den Leistungserbringer. *

Art. 40 *Ausgleichszahlung*

¹ Der Leistungserbringer hat eine Ausgleichszahlung an die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion zu leisten, wenn die erbrachte Aus- und Weiterbildungsleistung mehr als zehn Prozent unter der geforderten Aus- und Weiterbildungsleistung nach Artikel 37 Absatz 1 liegt. *

² Die Höhe der Ausgleichszahlung entspricht der dreifachen Differenz nach Artikel 39 Absatz 2.

³ Liegt die Abgeltung für die tatsächlich erbrachte Aus- und Weiterbildungsleistung über der Summe, die der Leistungserbringer nach Artikel 38 Absatz 1 im betreffenden Rechnungsjahr erhalten hat, entspricht die Ausgleichszahlung dem dreifachen Betrag, der sich aus der Multiplikation der prozentualen Abweichung zwischen verfügbarer und effektiv erbrachter Aus- und Weiterbildungsleistung mit der verfügbaren Abgeltung ergibt.

⁴ Das Gesundheitsamt legt die Ausgleichszahlung durch Verfügung fest. *

5a Beirat für medizinische Innovationen *

Art. 40a * *Zusammensetzung*

¹ Zur Gewährung von Beiträgen für medizinische Innovationen unterstützt ein Beirat das Gesundheitsamt. Dieser besteht aus folgenden acht stimmberechtigten Mitgliedern: *

a je zwei Vertretungen der beiden Universitätsspitäler,

b je zwei Vertretungen der beiden grössten Verbände bernischer Listenspitäler.

² Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion ernennt die Mitglieder auf Antrag der Universitätsspitäler und Verbände. *

³ Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Die Mitglieder sind wiederwählbar.

Art. 40b * *Beschlussfähigkeit*

¹ Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs Mitglieder anwesend sind.

Art. 40c * Aufgaben

¹ Der Beirat prüft, ob die Beitragsgesuche die Voraussetzungen für Beiträge nach Artikel 116 SpVG erfüllen.

² Er gibt zuhanden des Gesundheitsamts begründete Empfehlungen darüber ab, in welcher Weise das Gesundheitsamt über die Beitragsgesuche entscheiden soll. Bei Stimmgleichheit begründet er beide Standpunkte. *

³ Er legt dem Gesundheitsamt allfällige Minderheitsempfehlungen offen. *

Art. 40d * Entschädigung

¹ Die Entschädigung der Mitglieder richtet sich sinngemäss nach der Verordnung vom 2. Juli 1980 über die Taggelder und Reiseentschädigungen der Mitglieder staatlicher Kommissionen.

Art. 40e * Vorsitz und Sekretariat

¹ Die Vorsteherin oder der Vorsteher des Gesundheitsamts führt von Amtes wegen den Vorsitz des Beirats und hat kein Stimmrecht. *

² Das Gesundheitsamt führt das Sekretariat des Beirats. *

³ Es holt bei den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern insbesondere die Zustimmung ein, die beim Gesundheitsamt eingereichten Beitragsgesuche dem Beirat zur Prüfung zu unterbreiten. *

6 Aufsicht und Betriebsbewilligung

6.1 Allgemeine Bestimmungen *

Art. 41 Mehrere Standorte *

¹ Sofern das Spital, das Geburtshaus oder der Rettungsdienst mehrere Standorte hat, müssen die Bewilligungsvoraussetzungen an allen Standorten erfüllt sein.

Art. 41a * Nachweis der Bewilligungsvoraussetzungen

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion kann elektronische Messsysteme oder –programme bestimmen, welche die Spitäler, Geburtshäuser und Rettungsdienste zum Nachweis der Bewilligungsvoraussetzungen zu verwenden haben.

6.2 Bewilligungsvoraussetzungen für Spitäler und Geburtshäuser

Art. 42 *Fachgerechte Behandlung und Pflege*

¹ Ein Spital verfügt

- a im medizinischen Bereich über eine ärztliche Leitung,
- b über genügend und angemessen qualifiziertes Personal entsprechend dem Behandlungs- und Pflegebedarf der Patientinnen und Patienten

² Ein Geburtshaus verfügt

- a * über eine Leitung durch Hebammen oder Entbindungspfleger,
- b über genügend und angemessen qualifiziertes Personal entsprechend dem Behandlungs- und Pflegebedarf der Patientinnen.

Art. 43 *Betriebskonzept*

¹ Das Betriebskonzept beinhaltet

- a einen in der Regel während sieben Tagen pro Woche durchgehenden Betrieb,
- b die gesamte Betriebsorganisation, insbesondere die fachliche und die betriebliche Verantwortung,
- c das Therapieangebot und die dafür verantwortliche Fachperson,
- d das Konzept zur Gewährleistung der erforderlichen Hygiene.

Art. 44 *Notfallkonzept **

¹ Das Notfallkonzept des Leistungserbringers gewährleistet in der Regel eine ärztliche Interventionsmöglichkeit innerhalb von höchstens 15 Minuten. Die Anforderungen an das Notfallkonzept von Geburtshäusern richten sich nach Absatz 2. *

² Das Notfallkonzept der Geburtshäuser *

- a regelt das Notfallmanagement vom Eintritt in das Geburtshaus für die Geburt bis zum Eintritt in ein Spital,
- b beinhaltet die Verlegungsprozesse für Notfälle von Mutter und Kind,
- c bedingt eine Kooperation mit einem nahegelegenen Listenspital, die eine rasche Verlegung im Notfall gewährleistet.

Art. 45 *Pharmazeutische Versorgung*

¹ Die pharmazeutische Versorgung in einem Spital wird durch eine betriebsinterne Spitalapotheke und in einem Geburtshaus oder einem Leistungserbringer der übrigen institutionellen akutmedizinischen Versorgung durch eine betriebsinterne Privatapotheke gewährleistet.

² Wenn das Führen einer eigenen Spital- oder Privatapotheke aus betrieblichen Gründen nicht zweckmässig ist, kann ausnahmsweise darauf verzichtet werden.

³ Das Verfahren betreffend die Bewilligung zur Führung einer Spital- oder Privatapotheke ist in das Verfahren betreffend die Bewilligung zur Führung des Spitals oder des Leistungserbringers der übrigen institutionellen akutmedizinischen Versorgung einzubeziehen.

⁴ Die Zuständigkeit für die Bewilligungs- und Ausnahmeerteilung sowie der Vollzug richten sich nach den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung.

6.3 Bewilligungsvoraussetzungen für Rettungsdienste

Art. 46 *Ärztliche Leitung und pharmazeutische Betreuung*

¹ Der Rettungsdienst verfügt im medizinischen Bereich über eine ärztliche Leitung.

² Eine Leiterin oder ein Leiter muss im Besitz eines Fähigkeitsausweises in Notfallmedizin (Notärztin oder Notarzt) oder ausgebildete Fachärztin oder Facharzt für Anästhesiologie oder Intensivmedizin sein.

³ Die pharmazeutische Betreuung erfolgt durch eine Apotheke oder durch die ärztliche Leitung des Rettungsdienstes.

Art. 47 *Betriebskonzept*

¹ Das Betriebskonzept beinhaltet

- a* die gesamte Betriebsorganisation, insbesondere die ärztliche und die betriebliche Verantwortung,
- b* die Zusammenarbeit mit der Sanitätsnotrufzentrale,
- c* die Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Ausbildung,
- d* die Anzahl Transportmittel sowie deren Ausrüstung.

7 Datenlieferung der Leistungserbringer *

Art. 48

¹ Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion regelt die Art und den Umfang der Daten sowie den Zeitpunkt ihrer Lieferung durch Verordnung. *

² ... *

³ Das Gesundheitsamt kann weitere Daten erheben, die für die Aufsichtstätigkeit erforderlich sind. Die Daten sind so weit zu anonymisieren, dass Rückschlüsse auf andere Personen als die Leistungserbringer ausgeschlossen sind. *

⁴ ... *

8 Übergangsbestimmungen

Art. 49 * ...

Art. 50 *Kostenrechnungsstandard*

¹ Die im Kanton Bern gelegenen Listenspitäler weisen bis am 31. Dezember 2015 gegenüber dem Spitalamt nach, dass ihre nach Artikel 17 erstellte Kostenrechnung zertifiziert ist.

Art. 50a * *Ambulante psychiatrische Spitalversorgungsleistungen*

¹ Die Abgeltung, die der Kanton einem Listenspital für die Erbringung von ambulanten psychiatrischen Spitalversorgungsleistungen entrichtet, darf von der Abgeltung für vergleichbare Leistungen im Jahr 2015 folgendermassen abweichen:

- a für das Jahr 2017 um fünf Prozent,
- b für das Jahr 2018 um zehn Prozent.

Art. 51 *Amortisation von Rettungsfahrzeugen*

¹ Bis zum Vorliegen von Erfahrungsdaten aus den Jahresabschlüssen wird in Abweichung von Artikel 27 Absatz 3 Buchstabe c für die Amortisation der Rettungsfahrzeuge pro Jahr ein Siebtel des Anschaffungswertes eingesetzt.

Art. 52 *Reduktion der Ausgleichszahlung*

¹ Abweichend von Artikel 40 hat der Leistungserbringer eine Ausgleichszahlung an den Kanton zu leisten, wenn die erbrachte Aus- und Weiterbildungsleistung

- a im Jahr 2013 mehr als 40 Prozent unter der Aus- und Weiterbildungsleistung nach Artikel 37 Absatz 1 liegt,
- b im Jahr 2014 mehr als 25 Prozent unter der Aus- und Weiterbildungsleistung nach Artikel 37 Absatz 1 liegt.

Art. 53 * ...

9 Schlussbestimmungen

Art. 54 *Änderung eines Erlasses*

¹ Die Verordnung vom 24. Oktober 2001 über die Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung, SHV)¹⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 55 *Änderung eines Erlasses*

¹ Die Einführungsverordnung zur Änderung vom 21. Dezember 2007 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (EV KVG)²⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 56 *Aufhebung eines Erlasses*

¹ Die Spitalversorgungsverordnung vom 30. November 2005 (SpVV) (BSG 812.112) wird aufgehoben.

Art. 57 *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

T1 Übergangsbestimmungen der Änderung vom 23.11.2022 *

Art. T1-1 * *Weiterbildungsquotient für alle Versorgungsbereiche*

¹ Abweichend von Artikel 31 Absatz 1 teilt das Gesundheitsamt dem Leistungserbringer für die Rechnungsjahre 2023 und 2024 zwei Monate vor Beginn des Rechnungsjahres 2023 bzw. 2024 die zu erbringende Weiterbildungsleistung in Form des Weiterbildungsquotienten mit, der für alle Versorgungsbereiche gilt.

Art. T1-2 * *Reduktion der Ausgleichszahlung bei ärztlicher Weiterbildung*

¹ Abweichend von Artikel 31d Absatz 1 hat der Leistungserbringer eine Ausgleichszahlung zu leisten, wenn die erbrachte Weiterbildungsleistung nach Artikel 31a

- a für das Rechnungsjahr 2023 mehr als 30 Prozent unter der Weiterbildungsleistung liegt, die er nach Artikel 31b zu erbringen gehabt hat,
- b für das Rechnungsjahr 2024 mehr als 20 Prozent unter der Weiterbildungsleistung liegt, die er nach Artikel 31b zu erbringen gehabt hat.

Art. T1-3 * *Geburtshaus*

¹ Die Voraussetzungen nach Artikel 44 Absatz 2 sind spätestens ab dem 1. Juni 2023 zu erfüllen.

¹⁾ BSG 860.111

²⁾ BSG 842.111.2

² Solange ein Geburtshaus die Voraussetzungen nach Artikel 44 Absatz 2 noch nicht vollständig erfüllt, hat es eine Vereinbarung mit einem Listenspital nachzuweisen, welche die unverzügliche Aufnahme von Notfällen gewährleistet.

Bern, 23. Oktober 2013

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Neuhaus
Der Staatsschreiber: Auer

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
23.10.2013	01.01.2014	Erlass	Erstfassung	13-91
04.12.2013	01.01.2014	Art. 27 Abs. 2, b	geändert	14-8
16.09.2015	01.12.2015	Titel 3.1a	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 11a	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 11b	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 11c	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 11d	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 15a	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 15b	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 18	Titel geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 18 Abs. 1	geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 18 Abs. 2	geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 18 Abs. 3	aufgehoben	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 18 Abs. 4	aufgehoben	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 18 Abs. 5	aufgehoben	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 18a	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 19	Titel geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 24a	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 26a	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 31 Abs. 1	geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 31 Abs. 2, b	geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Titel 5a	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 40a	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 40b	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 40c	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 40d	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Art. 40e	eingefügt	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Anhang 1	Inhalt geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Anhang 2	Name und Inhalt geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Anhang 3	Name und Inhalt geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Anhang 4	Name und Inhalt geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Anhang 5	Name und Inhalt geändert	15-69
16.09.2015	01.12.2015	Anhang 6	Inhalt geändert	15-69
26.10.2016	01.01.2017	Titel 3.3	geändert	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 14 Abs. 1	geändert	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 1	aufgehoben	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 2	aufgehoben	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 3	aufgehoben	16-070

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 4	eingefügt	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 5	eingefügt	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 6	eingefügt	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 7	eingefügt	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 8	eingefügt	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 9	eingefügt	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 49	aufgehoben	16-070
26.10.2016	01.01.2017	Art. 53	aufgehoben	16-070
09.11.2016	01.01.2017	Titel 3.6.1	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20	Titel geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Titel 3.6.2	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20a	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20b	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20c	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20d	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20e	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20f	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20g	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Titel 3.6.3	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 20h	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Titel 3.6.4	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 21	Titel geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 21 Abs. 2	geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 22	Titel geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 23	Titel geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 24	Titel geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 26a Abs. 1	geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 27	aufgehoben	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 27a	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 27b	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 28	Titel geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 28 Abs. 1	geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 29	Titel geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 30	Titel geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Art. 50a	eingefügt	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Anhang 1	Inhalt geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Anhang 2	Inhalt geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Anhang 3	Inhalt geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Anhang 4	Inhalt geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Anhang 5	Name und Inhalt geändert	16-077
09.11.2016	01.01.2017	Anhang 6	Inhalt geändert	16-077
23.05.2018	01.07.2018	Art. 1 Abs. 1a	eingefügt	18-043
18.11.2020	01.01.2021	Art. 1 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 3 Abs. 2	geändert	20-126

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
18.11.2020	01.01.2021	Art. 4	Titel geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 5 Abs. 2	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 6 Abs. 2	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 7 Abs. 2	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 9 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 12 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 13 Abs. 1, c	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 14 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a	Titel geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 1, a	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 1, b	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 2	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 2, a	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 2, b	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 2, c	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 2, d	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 2, e	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 2, f	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15a Abs. 2, g	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15b	Titel geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15b Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 15b Abs. 2	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 18a Abs. 4	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 19 Abs. 2	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 20a Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 20b Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 20h Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 22 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 23 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 23 Abs. 2	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 24 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 26 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 27a Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 27b Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 31 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 39 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 40 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 40a Abs. 2	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 42 Abs. 2, a	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 48 Abs. 1	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 48 Abs. 2	geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Art. 48 Abs. 4	eingefügt	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Anhang 5	Inhalt geändert	20-126
18.11.2020	01.01.2021	Anhang 6	Inhalt geändert	20-126

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
30.06.2021	01.08.2021	Art. 2 Abs. 1	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 15a Abs. 1, a	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 15a Abs. 1, b	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 18a Abs. 5	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 19 Abs. 1	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 20 Abs. 1	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 24a Abs. 1	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 25 Abs. 1, c	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 25 Abs. 1, d	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 36 Abs. 1	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 39 Abs. 1	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 39 Abs. 2	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 39 Abs. 3	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 40 Abs. 4	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 40a Abs. 1	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 40c Abs. 2	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 40c Abs. 3	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 40e Abs. 1	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 40e Abs. 2	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 40e Abs. 3	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 48 Abs. 3	geändert	21-057
30.06.2021	01.08.2021	Art. 48 Abs. 4	geändert	21-057
17.11.2021	01.01.2022	Ingress	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Titel 1.2	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 5 Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 5 Abs. 2	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 5 Abs. 4	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Titel 1.4	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 7	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 15c	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 15d	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 15e	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18	Titel geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, a	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, b	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, c	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, d	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, e	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, f	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, g	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, h	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, i	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, k	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 1, l	eingefügt	21-107

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18 Abs. 2	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a	Titel geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a Abs. 1, a	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a Abs. 1, b	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a Abs. 1, c	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a Abs. 2	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a Abs. 3	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a Abs. 4	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 18a Abs. 5	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 19	Titel geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 19 Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 19 Abs. 2	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 19 Abs. 3	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20 Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b	Titel geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 2	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 2, a	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 2, b	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 2, c	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 2, d	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 3	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 3, a	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 3, b	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 3, c	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 3, d	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 3, e	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 3, f	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20b Abs. 4	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20c	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20d	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20e	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20f	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20g	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Titel 3.6.3	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 20h	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 27a Abs. 2	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 27b Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 27b Abs. 2	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Titel 5.2	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 32	Titel geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 32 Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 33 Abs. 3	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 34 Abs. 2	geändert	21-107

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
17.11.2021	01.01.2022	Art. 35 Abs. 3	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 39	Titel geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 39 Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Titel 6.1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 41	Titel geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 41a	eingefügt	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Titel 7	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 48 Abs. 1	geändert	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 48 Abs. 2	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Art. 48 Abs. 4	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Anhang 1	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Anhang 2	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Anhang 3	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Anhang 4	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Anhang 5	aufgehoben	21-107
17.11.2021	01.01.2022	Anhang 6	aufgehoben	21-107
02.02.2022	01.03.2022	Art. 1 Abs. 1	geändert	22-010
02.02.2022	01.03.2022	Art. 1 Abs. 1a	geändert	22-010
16.11.2022	01.01.2023	Art. 11 Abs. 1	geändert	22-099
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31	Titel geändert	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31 Abs. 1	geändert	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31 Abs. 2	geändert	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31 Abs. 2, a	aufgehoben	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31 Abs. 2, b	aufgehoben	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31 Abs. 2, c	aufgehoben	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31 Abs. 3	aufgehoben	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31a	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31b	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31c	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31d	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 31e	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 44	Titel geändert	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 44 Abs. 1	geändert	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. 44 Abs. 2	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Titel T1	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. T1-1	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. T1-2	eingefügt	22-105
23.11.2022	01.01.2023	Art. T1-3	eingefügt	22-105

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erllass	23.10.2013	01.01.2014	Erstfassung	13-91
Ingress	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 1 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 1 Abs. 1	02.02.2022	01.03.2022	geändert	22-010
Art. 1 Abs. 1a	23.05.2018	01.07.2018	eingefügt	18-043
Art. 1 Abs. 1a	02.02.2022	01.03.2022	geändert	22-010
Art. 2 Abs. 1	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 3 Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 4	18.11.2020	01.01.2021	Titel geändert	20-126
Titel 1.2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 5 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 5 Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 5 Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 5 Abs. 4	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 6 Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Titel 1.4	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 7	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 7 Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 9 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 11 Abs. 1	16.11.2022	01.01.2023	geändert	22-099
Titel 3.1a	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 11a	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 11b	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 11c	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 11d	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 12 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 13 Abs. 1, c	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Titel 3.3	26.10.2016	01.01.2017	geändert	16-070
Art. 14 Abs. 1	26.10.2016	01.01.2017	geändert	16-070
Art. 14 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 15 Abs. 1	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-070
Art. 15 Abs. 2	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-070
Art. 15 Abs. 3	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-070
Art. 15 Abs. 4	26.10.2016	01.01.2017	eingefügt	16-070
Art. 15 Abs. 5	26.10.2016	01.01.2017	eingefügt	16-070
Art. 15 Abs. 6	26.10.2016	01.01.2017	eingefügt	16-070
Art. 15 Abs. 7	26.10.2016	01.01.2017	eingefügt	16-070
Art. 15 Abs. 8	26.10.2016	01.01.2017	eingefügt	16-070
Art. 15 Abs. 9	26.10.2016	01.01.2017	eingefügt	16-070
Art. 15a	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 15a	18.11.2020	01.01.2021	Titel geändert	20-126
Art. 15a Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 15a Abs. 1, a	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15a Abs. 1, a	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 15a Abs. 1, b	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15a Abs. 1, b	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 15a Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 15a Abs. 2, a	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15a Abs. 2, b	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15a Abs. 2, c	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15a Abs. 2, d	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15a Abs. 2, e	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15a Abs. 2, f	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15a Abs. 2, g	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15b	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 15b	18.11.2020	01.01.2021	Titel geändert	20-126
Art. 15b Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 15b Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 15c	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 15d	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 15e	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18	16.09.2015	01.12.2015	Titel geändert	15-69
Art. 18	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-107
Art. 18 Abs. 1	16.09.2015	01.12.2015	geändert	15-69
Art. 18 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 18 Abs. 1, a	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, b	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, c	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, d	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, e	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, f	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, g	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, h	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, i	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, k	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 1, l	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18 Abs. 2	16.09.2015	01.12.2015	geändert	15-69
Art. 18 Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 18 Abs. 3	16.09.2015	01.12.2015	aufgehoben	15-69
Art. 18 Abs. 4	16.09.2015	01.12.2015	aufgehoben	15-69
Art. 18 Abs. 5	16.09.2015	01.12.2015	aufgehoben	15-69
Art. 18a	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 18a	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-107
Art. 18a Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 18a Abs. 1, a	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18a Abs. 1, b	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 18a Abs. 1, c	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 18a Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 18a Abs. 3	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 18a Abs. 4	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 18a Abs. 4	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 18a Abs. 5	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 18a Abs. 5	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 19	16.09.2015	01.12.2015	Titel geändert	15-69
Art. 19	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-107
Art. 19 Abs. 1	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 19 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 19 Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 19 Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 19 Abs. 3	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Titel 3.6.1	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20	09.11.2016	01.01.2017	Titel geändert	16-077
Art. 20 Abs. 1	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 20 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Titel 3.6.2	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20a	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20a Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 20b	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20b	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-107
Art. 20b Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 20b Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 20b Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 20b Abs. 2, a	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 20b Abs. 2, b	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 20b Abs. 2, c	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 20b Abs. 2, d	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 20b Abs. 3	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 20b Abs. 3, a	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 20b Abs. 3, b	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 20b Abs. 3, c	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 20b Abs. 3, d	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 20b Abs. 3, e	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 20b Abs. 3, f	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 20b Abs. 4	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 20c	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20c	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 20d	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20d	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 20e	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20e	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 20f	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20f	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 20g	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20g	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Titel 3.6.3	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Titel 3.6.3	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 20h	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 20h	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 20h Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Titel 3.6.4	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 21	09.11.2016	01.01.2017	Titel geändert	16-077
Art. 21 Abs. 2	09.11.2016	01.01.2017	geändert	16-077
Art. 22	09.11.2016	01.01.2017	Titel geändert	16-077
Art. 22 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 23	09.11.2016	01.01.2017	Titel geändert	16-077
Art. 23 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 23 Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 24	09.11.2016	01.01.2017	Titel geändert	16-077
Art. 24 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 24a	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 24a Abs. 1	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 25 Abs. 1, c	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 25 Abs. 1, d	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 26 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 26a	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 26a Abs. 1	09.11.2016	01.01.2017	geändert	16-077
Art. 27	09.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-077
Art. 27 Abs. 2, b	04.12.2013	01.01.2014	geändert	14-8
Art. 27a	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 27a Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 27a Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 27b	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 27b Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 27b Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 27b Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 28	09.11.2016	01.01.2017	Titel geändert	16-077
Art. 28 Abs. 1	09.11.2016	01.01.2017	geändert	16-077
Art. 29	09.11.2016	01.01.2017	Titel geändert	16-077
Art. 30	09.11.2016	01.01.2017	Titel geändert	16-077
Art. 31	23.11.2022	01.01.2023	Titel geändert	22-105
Art. 31 Abs. 1	16.09.2015	01.12.2015	geändert	15-69
Art. 31 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 31 Abs. 1	23.11.2022	01.01.2023	geändert	22-105
Art. 31 Abs. 2	23.11.2022	01.01.2023	geändert	22-105
Art. 31 Abs. 2, a	23.11.2022	01.01.2023	aufgehoben	22-105
Art. 31 Abs. 2, b	16.09.2015	01.12.2015	geändert	15-69
Art. 31 Abs. 2, b	23.11.2022	01.01.2023	aufgehoben	22-105

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 31 Abs. 2, c	23.11.2022	01.01.2023	aufgehoben	22-105
Art. 31 Abs. 3	23.11.2022	01.01.2023	aufgehoben	22-105
Art. 31a	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Art. 31b	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Art. 31c	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Art. 31d	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Art. 31e	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Titel 5.2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 32	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-107
Art. 32 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 33 Abs. 3	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 34 Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 35 Abs. 3	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 36 Abs. 1	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 39	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-107
Art. 39 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 39 Abs. 1	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 39 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 39 Abs. 2	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 39 Abs. 3	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 40 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 40 Abs. 4	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Titel 5a	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 40a	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 40a Abs. 1	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 40a Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 40b	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 40c	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 40c Abs. 2	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 40c Abs. 3	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 40d	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 40e	16.09.2015	01.12.2015	eingefügt	15-69
Art. 40e Abs. 1	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 40e Abs. 2	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 40e Abs. 3	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Titel 6.1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 41	17.11.2021	01.01.2022	Titel geändert	21-107
Art. 41a	17.11.2021	01.01.2022	eingefügt	21-107
Art. 42 Abs. 2, a	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 44	23.11.2022	01.01.2023	Titel geändert	22-105
Art. 44 Abs. 1	23.11.2022	01.01.2023	geändert	22-105
Art. 44 Abs. 2	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Titel 7	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107
Art. 48 Abs. 1	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 48 Abs. 1	17.11.2021	01.01.2022	geändert	21-107

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 48 Abs. 2	18.11.2020	01.01.2021	geändert	20-126
Art. 48 Abs. 2	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 48 Abs. 3	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 48 Abs. 4	18.11.2020	01.01.2021	eingefügt	20-126
Art. 48 Abs. 4	30.06.2021	01.08.2021	geändert	21-057
Art. 48 Abs. 4	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Art. 49	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-070
Art. 50a	09.11.2016	01.01.2017	eingefügt	16-077
Art. 53	26.10.2016	01.01.2017	aufgehoben	16-070
Titel T1	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Art. T1-1	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Art. T1-2	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Art. T1-3	23.11.2022	01.01.2023	eingefügt	22-105
Anhang 1	16.09.2015	01.12.2015	Inhalt geändert	15-69
Anhang 1	09.11.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	16-077
Anhang 1	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Anhang 2	16.09.2015	01.12.2015	Name und Inhalt geändert	15-69
Anhang 2	09.11.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	16-077
Anhang 2	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Anhang 3	16.09.2015	01.12.2015	Name und Inhalt geändert	15-69
Anhang 3	09.11.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	16-077
Anhang 3	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Anhang 4	16.09.2015	01.12.2015	Name und Inhalt geändert	15-69
Anhang 4	09.11.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	16-077
Anhang 4	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Anhang 5	16.09.2015	01.12.2015	Name und Inhalt geändert	15-69
Anhang 5	09.11.2016	01.01.2017	Name und Inhalt geändert	16-077
Anhang 5	18.11.2020	01.01.2021	Inhalt geändert	20-126
Anhang 5	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107
Anhang 6	16.09.2015	01.12.2015	Inhalt geändert	15-69
Anhang 6	09.11.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	16-077
Anhang 6	18.11.2020	01.01.2021	Inhalt geändert	20-126
Anhang 6	17.11.2021	01.01.2022	aufgehoben	21-107